



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 5. März 2025

Von Wolfgang Liedtke

Weil die Gemeinderatsitzung im Februar nach ungefähr einer Stunde beendet worden war, kritisierte die FDP in einer Fraktionserklärung, dass der Ratspräsident bei geringer Auslastung des Parlaments nicht Sitzungen ausfallen lässt. Dies würde Kosten und Zeit sparen. Auch die März-Sitzung sollte wieder nur eine kurze werden. Allerdings lassen sich nicht alle Geschäfte um einen Monat verschieben. In dieser Sitzung war die Überweisung des dringlichen Postulats zur Leistungsüberprüfung traktandiert. Der Gemeinderat hatte in der letzten Sitzung eine schnelle Behandlung des Postulats unterstützt und es wäre widersprüchlich, wenn der Gemeinderat seinen eigenen Entscheid durch eine Verschiebung der Sitzung behinderte. Ausserdem war die Zahl der Traktanden nicht geringer als üblich, aber es wird mit einem neuen Verfahren in den Sitzungen deutlich weniger Zeit für die Einbürgerungen benötigt. Zudem waren die traktandierten Geschäfte in den beiden Sitzungen in diesem Jahr unbestritten und deshalb in kurzer Zeit behandelt.

In einer Mitteilung informierte Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) über eine Unternehmensbefragung der Stadt im vergangenen Jahr. Das Resultat zeigte ein durchzogenes Ergebnis. Die Unternehmen lobten die guten Verkehrsanbindungen und den vergleichsweise moderaten Steuerfuss, beurteilten aber die Höhe der Mietzinse und das geringe Angebot an Mietwohnungen negativ. Auch das Flächenangebot für Lagergebäude und die geringe Verfügbarkeit von Bauland wurden negativ bewertet. Das Dienstleistungsangebot der Stadt wurde dagegen positiv gesehen.

Esen Yilmaz (SP) reagierte auf diese Informationen mit einer persönlichen Erklärung. Er ordnete ein, dass die guten Verkehrsanbindungen in Adliswil vor allem mit der geografischen Lage in der Nachbarschaft Zürichs zu tun haben und nicht ein Verdienst des Stadtrates seien. Er betonte die Kritik an den Mietzinsen und der Verfügbarkeit von Wohnungen. Er hob ausserdem hervor, dass ein niedriger Steuersatz Firmen nicht davon abhalte, ihren Standort von Adliswil weg zu verlegen, und verwies auf Swiss Re und Hilti.

Für die SP-Fraktion gab Esen Yilmaz die folgende Erklärung ab:

Mitte Februar haben wir die Pressemitteilung erhalten, dass ab diesem Schuljahr die Sekundarschule Adliswil keine separaten Sek C-Klassen mehr führt. Uns von der SP hat diese Mitteilung sehr gefreut. Werden doch so die Sek C Schüler weniger stigmatisiert und müssen nicht mehr eine 'Kleinklasse' besuchen, in der sie wenig bis keine positiven Vorbilder haben. Dies geht in Richtung sozialer Integration auch von Kindern, die Mühe haben mit Lernen oder vielleicht zurzeit in einer schwierigen Phase stecken. Mit dem bewilligten Boxenstopp besteht ja auch die Möglichkeit für kürzere und längere Timeouts, sollten sie das Lernen der anderen Schüler zu stark behindern.

Im Presseartikel tönt es so, als wäre dies eine Neuheit für Adliswil und muss deshalb fortlaufend evaluiert werden. Dabei wurde das jetzige Sekundarschulmodell erst vor sechs Jahren (Schulpflegebeschluss 21. März 2019) auf Wunsch der Schule eingeführt.

Umso mehr hat es uns auch gefreut zu vernehmen, dass dies ein erster Schritt sein soll und weitere pädagogische Entwicklungen diskutiert werden. Neben Lernlandschaften und/oder einer zweiseitigen Sekundarschule (ohne Niveau C) besteht auch die Möglichkeit, einzelne Fächer auf verschiedenen Niveaus anzubieten.

Fragestunde

Erhöhung des Grundbedarfs durch die Sozialkommission – Durchgangszentrum Kilchberg und die Sicherheit

Reto Buchmann (FDP) verwies auf eine Entscheidung der Sozialkommission zur Erhöhung des Grundbedarfs gemäss Vorgabe des Kantons. Die Sozialkommission habe die Erhöhung für sofort festgesetzt und nicht die Übergangsfrist von drei Monaten genutzt. Er kritisierte das und wollte wissen, welche Einsparungen durch die sofortige Einführung der Erhöhung verursacht wurden und ob den Mitgliedern der Sozialkommission die Höhe der Mehrkosten bewusst gewesen sei. Sozialvorsteherin Marianne Oswald (Grüne) erwiderte, dass die auf die Unterstützung der Sozialbehörde angewiesenen Personen und Familien stark unter den gestiegenen Preisen leiden und für sie jeder zusätzliche Franken zählt. Die Mehrkosten betragen monatlich ca. 9000 Franken, für die drei Monate, also 27000 Franken. Die Ausgabe sei in der Sozialkommission diskutiert worden, der dringende Bedarf bei den Klienten der Sozialbehörde sei aber unbestritten gewesen.

Gabriel Mäder (GLP) bezog sich auf eine Informationsveranstaltung der Gemeinde Kilchberg zur Betriebsaufnahme des Durchgangszentrums an der Grütstrasse in Kilchberg. Dort hat er erfahren, dass mit der Nutzung des Durchgangszentrums bereits ab 1. März begonnen wurde. Die Reaktionen der Nachbarschaft seien gespalten. Einerseits seien Sachspenden für die Flüchtlinge abgegeben worden, andererseits machten sich Anwohner Sorgen um die Sicherheit. Er wollte vom Stadtrat wissen, ob die Stadt Adliswil ebenfalls eine Informationsveranstaltung für die Bewohner in Dietlimoos-Grüt plane und wie die Reaktion des Stadtrates auf das Sicherheitsbedürfnis der Anwohner aussehe. Ausserdem erkundigte er sich nach den Kontakten des Stadtrates mit dem Kantonalen Sozialamt und der Gemeinde Kilchberg in dieser Angelegenheit.

Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) stellte klar, dass die Zuständigkeiten beim Kantonalen Sozialamt und bei der Standortgemeinde Kilchberg liegen. Informationen würden vom Kantonalen Sozialamt publiziert. Eine Informationsveranstaltung der Stadt Adliswil würde nur zur Verwirrung beitragen. Adliswil sei offiziell nicht involviert, stehe aber in regelmässigem Kontakt sowohl mit der Gemeinde Kilchberg als auch mit dem Kanton.

Sicherheitsvorsteher Mario Senn (FDP) holte weit aus, indem er zunächst von den positiven Erfahrungen mit dem Adliswiler Durchgangszentrum berichtete. Er schloss aus diesen Erfahrungen, dass auch vom Durchgangszentrum in Kilchberg keine Sicherheitsprobleme zu erwarten seien. Für zusätzliche Polizei-Patrouillen fehle es im Übrigen an Personal.

Anschliessend wurden vier Einbürgerungsanträge gutgeheissen.

Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Sozialkommission

Im vergangenen November gab es einen Rücktritt einer Vertreterin von Die Mitte aus der Sozialkommission. Nachdem Die Mitte ca. zwei Monate keine Nachfolgerin bzw. keinen Nachfolger finden konnte, haben sich die anderen Parteien – auch die SP – auf die Suche nach einer Kandidatin oder einem Kandidaten gemacht. Schliesslich präsentierte Die Mitte der Interfraktionellen Kommission (IFK) doch noch mit Martina Müller-Kniestedt einen eigenen Vorschlag, den die IFK einstimmig befürwortete und der im Grossen Gemeinderat ebenso einstimmig angenommen wurde.

Dringliches Postulat zur Leistungsüberprüfung

Mit einem dringlichen Postulat hatten Gabriel Mäder (GLP), Simon Schanz (Die Mitte), Pascal Engel (EVP) und Sebastian Huber (SVP) den Stadtrat aufgefordert, dem Grossen Gemeinderat eine Überprüfung der städtischen Leistungen vorzulegen. Erfasst werden sollten damit alle Leistungen, die ganz oder teilweise in der Verantwortung des Parlaments liegen. Die Postulanten wollten damit ein Instrument in die Hand bekommen, mit dem sie das strukturelle Defizit im städtischen Finanzhaushalt korrigieren können. Die Dringlichkeit des

Postulats wurde in der letzten Sitzung mit grosser Mehrheit bestätigt. Der Stadtrat hat in rekordverdächtiger Frist seine Stellungnahme zum dringlichen Postulat verfasst und sich zur Annahme bereit erklärt. Es ging nun darum, das Postulat an den Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Simon Schanz (Mitte) wiederholte im Wesentlichen seine Argumentation aus der letzten Sitzung, man wolle mit diesem Vorstoss die Grundlage für finanzpolitische Entscheidungen erhalten. Er betonte, dass aus Sicht der Postulanten (aus Mitte, GLP, EVP und SVP) damit kein Instrument für die Durchsetzung von Einsparungen geschaffen werden soll (eine Aussage, die mit Blick auf den Mitunterzeichner Sebastian Huber von der SVP angezweifelt werden muss).

Die SP-Fraktion hegt die Befürchtung, dass zumindest der rechte Teil der bürgerlichen Vertreter im Rat das Ergebnis der Leistungsüberprüfung dazu nutzen wird, um auf Einsparungen zu drängen und damit die drohende Erhöhung des Steuerfusses abzuwenden. Wolfgang Liedtke nahm für die SP-Fraktion Stellung:

Unsere Aufgabe als Parlament ist, den politischen Rahmen für den Haushalt zu setzen und die Haushaltsführung zu kontrollieren. Die Instrumente dafür werden durch das Prinzip des Globalbudgets eingeschränkt. Den Grundsätzen der Budgetierung und der Rechnungslegung, die eine transparente Führung des Haushalts und der Rechenschaftsablage fördern sollen, wird das Prinzip des Globalbudgets nur eingeschränkt gerecht. Die Postulanten formulieren es so: «...ist [es] für den Gemeinderat bzw. für die prüfende Kommission RPK nicht möglich, alle Positionen zu ermitteln, welche in den Budgets jeweils von wirklicher Relevanz und zur Zielerreichung notwendig sind».

Die SP Adliswil hat sich vor ca. 20 Jahren gegen die Einführung des Globalbudgets gewandt, ist damals aber unterlegen. Die Einschränkungen, welche ein Globalbudget bedeuten, werden im dringlichen Postulat dargelegt. Es ist nicht mehr möglich, gezielt Ausgaben bzw. Leistungen zu beschränken, sondern nur noch, Budgetposten der Produktgruppen pauschal zu senken, ohne damit die gewünschte Wirkung erzielen zu können. Zwar können wir neue Indikatoren oder Leistungsziele festsetzen. Der Nachteil dabei ist, dass dies nicht im zeitlichen Zusammenhang mit der Budgetdebatte geschehen kann, sondern im Juli vorher erfolgen muss. Der Grosse Gemeinderat kann also Korrekturen, die er für ein Budget für erforderlich hält, erst für das kommende Budget einführen.

Das Postulat ist der richtige Weg, um trotz der Einschränkungen des Globalbudgets Informationen für die Budgetdebatte 2026 rechtzeitig zu erhalten. Dankenswerterweise hat der Stadtrat die geforderten Massnahmen bereits eingeleitet.

Die SP-Fraktion wird kritisch beobachten, welche Leistungseinschränkungen später vorgeschlagen werden. Die Aussagen von Simon Schanz am Schluss seines Votums sind deshalb von uns positiv zur Kenntnis genommen worden.

Arztsohn Sebastian Huber (SVP) verglich die Staatsfinanzen mit einem menschlichen Körper. Gesunde Staatsfinanzen seien wie das Herz. Wenn sie nicht in guter Verfassung sind, droht ein Infarkt. Die Linke fordert ständig hohe Ausgaben für Phantasieprojekte ohne Rücksicht auf die Einnahmen. Die städtischen Kassen seien mit der allgemeinen Teuerung, Mehraufwendungen durch den Bevölkerungszuwachs und höheren Ausgaben für die Löhne der Verwaltungsangestellten konfrontiert. Die öffentlichen Haushalte sollten sich am Vorbild der Privaten orientieren und die Ausgaben an den Einnahmen ausrichten. Der Hebel sei bei den Ausgaben anzusetzen. Ein Hoffen auf hohe Einnahmen durch die Grundstücksgewinnsteuer, wie in Adliswil in den vergangenen Jahren praktiziert, sei falsch. Die Ausgaben müssten gesenkt werden und die Einnahmen, also der Steuerfuss, ebenso.

Angela Brogгинi (Grüne) unterstütze das Ziel des Postulats, einen Leistungskatalog zu erhalten. Sie warnte aber vor einseitigen Kürzungen und zählte eine Reihe von Aufgaben auf, die von der Stadt noch gelöst werden müssten. Rolf Schweizer (FDP) vertrat die Meinung, der Haushalt der Stadt weise ein strukturelles Defizit auf. Die Leistungsüberprüfung soll die Grundlage für die Beseitigung des strukturellen Defizits darstellen mit dem Ziel, die Ausgaben zu begrenzen und die Einnahmen nicht erhöhen zu müssen. Wichtig sei es, mittels gesteigerter Attraktivität und tiefem Steuerfuss potente Steuerzahler nach Adliswil zu holen.

Eine Person mit einem Jahreseinkommen einer halben Million Franken zahle schliesslich sechzehnmal so viele Steuern wie ein durchschnittlicher Steuerzahler.

Wolfgang Liedtke (SP) ergriff nochmals das Wort und antwortete mit Bezug auf die Äusserungen von Sebastian Huber (SVP), dass auch er es richtig finde, sich grundsätzlich bei den Ausgaben an den Einnahmen zu orientieren. Die Unterstellung, die Linke würde das Geld mit beiden Händen ausgeben und dafür in die Taschen des Steuerzahlers greifen, sei aber falsch und würde auch mit ständiger Wiederholung nicht wahrer. Der Weg aber, den Huber skizziert habe, nämlich Ausgaben zu senken, nur mit dem Ziel den Steuerfuss zu senken, sei auf jeden Fall falsch. An Rolf Schweizer (FDP) gewandt erinnerte er an die Aussagen des Stadtpräsidenten über das Ergebnis der Unternehmensumfrage. Die hatte unter anderem ergeben, dass der niedrigere Steuerfuss Adliswils Unternehmen nicht davon abhält, ihren Standort nach Zürich zu verlegen. Ausserdem bezweifelte er, dass allein ein niedriger Steuerfuss Einkommensmillionäre ins Sihltal locken könnte. Diese würden sich wohl eher in Seenähe ansiedeln. Rolf Schweizer antwortete darauf, dass es schon heute etliche Einkommensmillionäre in Adliswil gebe, worauf Liedtke meinte, dann sei das Problem ja bereits ohne Steuerfussenkung gelöst.

Da kein Gegenantrag gestellt wurde, wurde das dringliche Postulat an den Stadtrat überwiesen.

Zwischenbericht des Stadtrats zur Legislatur 2022-2026

Vor einigen Monaten hatte der Stadtrat seinen Zwischenbericht vorgelegt, in dem er über die Fortschritte bei der Erreichung seiner selbst gesetzten Legislaturziele berichtete. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Auftrag, die Ziele und die Berichte jeweils zu prüfen und sein Fazit dem Grossen Gemeinderat vorzulegen.

Der Präsident der GPK, Renato Jacomet (SVP), hielt in seinem Fazit fest, dass die GPK die Erreichung der Legislaturziele für nicht absehbar einschätzt. Hinsichtlich Siedlungsökologie teilt die GPK die Ansicht von Bürgern, dass in den letzten Jahren viele Bäume gefällt und nur wenig aufgeforstet wurde. Was die Digitalisierung anbelangt, so geht die GPK davon aus, dass auch weiterhin Schulungen zur Sensibilisierung aller internen und externen Mitarbeitenden (im Bereich Cybersicherheit durchgeführt werden. In Bezug auf regionale Zusammenarbeitsstrukturen verdeutlicht die Tatsache, dass der Zivilstandskreis Sihltal-Albis für 85'500 Einwohnende zuständig ist, das Geschäftsrisiko, welches für Adliswil durch Zusammenschlüsse entstehen kann. Insgesamt kritisierte die GPK die mangelnde Messbarkeit der Fortschritte.

Pascal Welti (Grüne) fokussierte sich in seiner Stellungnahme auf die drei Themen Stadtentwicklung, Klima und Inklusion. Bezüglich des Wachstums der Stadt stellte er fest, dass hier die Grenzen fast erreicht seien. Die Klimamassnahmen kämen nur langsam voran. Im Bereich Inklusion gebe es Fortschritte, aber es sei noch Luft nach oben. Er lobte die von der Stadt eingeleiteten Massnahmen zur Partizipation der Bürger an wichtigen Weichenstellungen. Insgesamt sei er zufrieden mit den Leistungen der Stadt und stellte die Frage, was solche Leistungen wohl kosten würden, wenn man sie von Privaten beziehen müsste.

Daniel Frei (FW) hob die Wichtigkeit einer gesunden eigenständigen Wirtschaft in Adliswil hervor. Aus seiner Sicht sei der Austausch in der Standortförderung Zimmerberg bisher wenig erfolgreich gewesen und er plädierte dafür, die Mitwirkung Adliswils in dieser Vereinigung zu überprüfen. Aus Sicht der Wirtschaft ist seiner Meinung nach die Verkehrsinfrastruktur in Sood nicht zufriedenstellend und er hob vor allem auf die fehlende Bahnunterführung beim Bahnhof Sood-Oberleimbach ab.

Wolfgang Liedtke beschrieb die Defizite der städtischen Politik aus Sicht der SP-Fraktion:

Die Legislaturziele sind überwiegend unterstützenswert und lassen eine positive Entwicklung unserer Stadt erwarten. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass wir uns in einigen Bereichen mehr Mut wünschen, beispielsweise bei der Erreichung der Klimaneutralität bereits vor dem vom Stadtrat angepeilten Jahr 2050 oder bei der Schulbetreuung, wo wir uns ein weitergehendes Betreuungsangebot als die Schule+ wünschen, nämlich das Angebot einer Tagesschule.

Einige Aussagen des Zwischenberichts empfinden wir aber als unzutreffend. Unter dem Kapitel A 1 – Zielbild ist zu lesen, dass im Zielbild 2025 unter anderem das Ziel «Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten» enthalten ist. Die Wohnraumpolitik des Stadtrates in den vergangenen Jahren zeigt nicht, dass dieses Ziel bisher verfolgt wurde. Zuletzt wurde dem Grossen Gemeinderat ein Gestaltungsplan für ein Vorhaben in der Rifertstrasse vorgelegt, der diesem Ziel widerspricht. Der Stadtrat könnte sein wohnraumpolitisches Ziel untermauern, indem er das städtische Grundstück in Dietlimoos einer Baugenossenschaft im Baurecht anbietet. Wir sind gespannt, ob sich der Stadtrat dazu durchringen kann.

Im Kapitel A 2 – Zentrumsattraktivität erhöhen finden wir unter dem Abschnitt Belebung des öffentlichen Raums Beispiele für die Belebung des zentralsten Platzes der Stadt, dem Bahnhofplatz. Seine Gestaltung ist seit Jahren Kritikpunkt nicht nur der SP. Die Stadt mag mit Aktionen versuchen, den Platz zu beleben. Wirklich erfolgreich sind sie nur bei grossen Festen wie dem Fest der Kulturen. Tatsächlich meidet die Bevölkerung diesen Platz, vor allem bei Sonnenschein. Der komplett versiegelte und nicht beschattete Platz heizt sich bei schönem Wetter schnell auf, ein Aufenthalt wird dann unangenehm. Infostandbetreiber hier im Saal wissen, wovon ich rede. Im Kapitel A 3 – Siedlungsökologie stärken beteuert der Stadtrat, dass er Grünflächen fördern und Versiegelungen aufheben möchte. Der Bahnhofplatz wäre für beide Massnahmen geeignet, genauso wie übrigens die Kronenwiese.

Die erfolgreichsten Bildungsprojekte werden nicht im Kapitel Bildung aufgeführt, sondern im Kapitel E Städtische Dienstleistungen genannt. Ich meine die Aufwertung unserer Bibliothek zur Regionalbibliothek und unsere erfolgreiche Musikschule Adliswil-Langnau. Bei beiden handelt es sich um Vorzeigeprojekte.

Im Sinne dieser Anmerkungen nimmt die SP den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Heinz Geissler (FDP) bemühte erneut das Motto der FDP an diesem Abend: Sparen. Die Stadt solle nicht mehr ausgeben als sie einnehme. Deshalb reiche es nicht, die Fortschritte bei der Zielerreichung aufzuzeigen, sondern man müsse auch über die Finanzierung informieren. Der Verbesserung des Verkehrsflusses räumte er allerhöchste Priorität ein. Darüber hinaus sollten Ziele mit Blick auf die finanziellen Aussichten (er meinte die drohende Steuerfusserhöhung) zurückgesetzt werden. Alle Investitionsobjekte müssten dahingehend überprüft werden, ob sie die Attraktivität von Adliswil steigern könnten.

Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) ergriff am Ende der Debatte das Wort und stimmte den Ausführungen von Pascal Welti (Grüne) zu. An die SP-Fraktion gewandt stimmte er der Feststellung zu, dass man mehr Mut wagen solle, aber entschuldigte mangelnde Fortschritte oder wenig ambitionierte Ziele damit, dass die Projekte jeweils auch vom Grossen Gemeinderat und oft auch noch an der Urne bestätigt werden müssten.

Die Sitzung endete um 20:20 Uhr.